

Bezugspreis

Mr. Halle wöchentlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., vierteljährlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5323 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

(Hauptverbreitungsstelle mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u.)

Stuttg.-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

Abendausgabe des Jahrgangs.

Anzeigen

werden die Spalten oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Retouren die Seite 60 Pfg.

Erscheint wöchentlich postfrank, Samstags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Nachdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 163.

Halle a. d. Saale, Montag den 9. April

1894.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalausdrachten.

Berlin, 8. April. Ueber die Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem Könige Humbert in Venedig wird noch telegraphisch folgendes gemeldet: Am Samstag nachmittag fand zu Ehren des Königs Humbert ein Feiernest statt, an welchem außer dem Kaiser und dem Könige Humbert auch die Herzogin der Krain und auch bedeutende Gelehrte teilnahmen. Um 3 1/2 Uhr besichtigte der Kaiser, begleitet von den Spitzen der Behörden, die Marktskirche. Später begab sich der Kaiser mit dem Könige Humbert an Bord des „Bolzano“, von dem Kaiser mit Surovichoffen begleitet, während die Schiffskapelle die deutsche Hymne spielte. Sodann besichtigten die Monarchen das Arsenal, wofür sie von dem Vice-Admiral Noco und den höheren Offizieren empfangen wurden und besonders eingehend das Panzerschiff „Cicilia“ in Augenschein nahmen. Bei der Rückfahrt von dem Arsenal wählten die Monarchen den Weg durch die kleinen Kanäle.

Am Laufe des Sonntagsabend bewegte sich eine ungeheure Menschenmenge unter dem Führen des kaiserlichen Palastes, mehrere Kapellen spielten die deutsche Hymne und den italienischen Königsmarsch. Da die Menge fortgesetzt begeisterte Kundgebungen veranstaltete, ergriffen die Monarchen auf dem Balkon und verweilten dort längere Zeit. Später fand eine glänzende Serenade auf dem Canale Grande statt, welcher prächtig illuminiert und mit zahllosen Gondeln und Barken besetzt war. Gegen 10 Uhr verließen die Monarchen die Stadt und unternehmen, nachdem sie die letzte Illumination besichtigt, einen Ausflug nach den Lagunen und kamen bis an den Lido. Nach der Rückfahrt zogen sich die Monarchen, welche überall von der Menge mit begeisterten Kundgebungen begrüßt wurden, in ihre Gemächer zurück.

Am Sonntag vormittag wohnte Kaiser Wilhelm dem Gottesdienste an Bord S. M. Schiffs „Moltke“ bei, während König Humbert die Monarchen im Kapelle besuchte. Um 11 1/2 Uhr führte der Kaiser unter Salutschüssen der Artillerie und den Zurufen der Bevölkerung in das königliche Palast zurück. Mittags wurde das Feiernest im Familienkreise eingenommen. Später besichtigten die Monarchen den Dogenpalast und die Kirche Santa Maria del Fiore und begaben sich alsdann an Bord S. M. S. „Moltke“, wo sie gegen 10 Uhr den Königlichen Yacht flusswärts in die See ließen. Die Monarchen nach der Stadt zurück. Abends 7 1/2 Uhr ist großes Speisefest, an welchem an der Großmünderstraße und die Spitzen der Behörden eingeladenen ergangen sind. Um 9 Uhr war Galavorstellung im Teatro Fenice.

Die Abreise des Kaisers ist für Montag früh 8 Uhr in Aussicht genommen. König Humbert wird mit dem Minister Volpert nach Florenz abreisen.

Kaiserin Augusta Victoria brachte, wie aus Bologna gemeldet wird, Sonntag die Monarchen im Park zu. Um 11 Uhr wählte Ihre Majestät mit den kaiserlichen Kindern und dem Hofstaat beim in der „Villa Amalia“ abgehaltenen Gottesdienste bei und unternehm Kundgebungen mit sämtlichen Prinzen und der Suite eine Spazierfahrt in der Richtung nach Nebuta.

Die Kaiserin Friedrich, welche zur Zeit in das Schloss Friedrichshof bei Kronberg weilte, wird sich dem Vernehmen nach am Mittwoch, den 11. d. Mts., zum Besuche ihrer Tochter, der Prinzessin Adolf von Schamburg-Byrrne, nach Bonn begeben.

Berlin, 8. April. Zur Feier des heutigen 70. Geburtstages der Großherzogin sind hieselbst anwesend: der Prinzregent von Sachsenweiz, Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und Gemahlin, sowie Prinz Heinrich VII. von Preußen und Gemahlin. Weidlich ist Familienfeier, alsbald Galavorstellung im Hoftheater.

Das angeforderte Getreidemonopol.

Es ist kein Anführer, sondern es ist wirklich wahr: die Konventionen streben ein Getreidemonopol an und der beglückte Antrag ist dem Reichstage — mit zahlreichen Unterschriften bedeckt — bereits zugegangen. Antragsteller ist, wie wir gestern bereits mitteilten, Graf Kanitz, und der Antrag selbst hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsfiskus zu eruchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach:

1. der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Vorkriegsgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mischensubstrate, ausschließlich für die Rechnung des Reiches erfolgt;
2. die Verkaufspreise im Mindestbetrage wie folgt festgesetzt werden:

a) für Weizen	auf 215 Mark pro Tonne,
b) für Roggen	165
c) für Gerste	155
d) für Hafer	185
e) für Hülsenfrüchte	185
f) für Lupinen	80
g) für Mais	175
h) für Weizen	155

i) für Mehl und Mischensubstrate, entsprechend den für das Getreide festgesetzten Mindestpreisen, nach dem gesetzlichen Verhältnisse.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Urheber der zahlreichen Anträge, welche im Reichstage bereits vorliegen und nach dem gewöhnlichen Verfahren die Beratung des Antrages Rantz in dieser Session verhindern würden, demselben die Priorität einzuräumen möchten; denn es wäre überaus möglich, wenn die Angelegenheit der Zustimmung, welche die Herren von Kanitz und Genossen dem deutschen Volke mit diesen Anträgen stellen, im Reichstage alsbald vor dem ganzen Lande gelangreich würde. Wir glauben nicht, daß etwas geschehen, wie dieser Antrag schon einmal in irgend einem Parlamente dagesagt ist. Ueber den Vorschlag, daß das Reich die Versorgung Deutschlands mit dem erforderlichen ausländischen Getreide übernehmen soll, verlieren wir vorläufig kein Wort; so absurd er ist, so ist er doch nur das Mittel zu dem

unter Nr. 2 angegebenen Zwecke, den inländischen Getreide-Produzenten dauernd auf Kosten der Gesamtheit so hohe Preise zu garantieren, wie man sie selbst von den höchsten Getreidepreisen nicht erwarten könnte. Weizen stieg jetzt 143 und der Durchschnittspreis des Jahres 1883 bis 1892 war 178; das Reich soll einen Preis von 215 gewährleisten! Für Roggen soll der Monopolspreis mindestens 165 sein, während er jetzt 122 ist und im Durchschnitt des bezeichneten Jahres 152 war; für Hafer soll der Monopolspreis 155 betragen gegen den jetzigen Preis von 132 und den Jahrespreis-Durchschnitt von 135 usw. Den Herren Graf Kanitz und Genossen ist, so meint die „Nat.-Ztg.“ entweder, wenn sie auch nur an die entfernteste Möglichkeit eines derartigen Gesetzes denken, der letzte Rest einiger Ueberlegung abhand genommen — oder sie glauben infolge ihrer Niederlage beim deutsch-russischen Vertrage, jetzt gegenüber den irreführenden Landwirten selbst zu den unangenehmsten und heillossten Agitationsmitteln greifen zu müssen, um die bisherige Gefolgschaft noch einige Zeit bei der Fahne zu halten.

Von der Währungs-Enquete.

Der sogenannten Silberkommission hat der Bankdirektor Königs Ergänzungen zu früheren Vorschlägen zugesagt. Im ersten Theil derselben stellt er die gegenwärtigen Verhältnisse der bei einer internationalen Regelung der Währungsfrage etwa in Betracht kommenden Länder dar, in welchen noch Platz für Silber ist bzw. geschaffen werden kann, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Britisch-Indien, Rußland, Oesterreich, Holland, der Balkanstaaten, Spanien, Portugal und event. Italien. Im zweiten Abschnitt empfiehlt Direktor Königs eine veränderliche Prägegebühr in Ermöglichung zu ziehen. Er hält es für möglich, durch Ab- und Zugaben einen Einfluß auf die Produktion auszuüben, ohne zu Vereinbarungen mit denjenigen silberproduzierenden Staaten gezwungen zu sein, deren Verhältnisse einer internationalen Vereinbarung nicht die nötige politische Sicherheit bieten. Schließlich schlägt Direktor Königs vor, wenn die Staaten sich über eine Relation und über einen variablen Schlagfuß geeinigt haben, ihnen Zeit und Möglichkeit zu bieten, das vorhandene Silbergeld entsprechend schwerer zu prägen und das dazu erforderliche Zusatzquantum an Silber möglichst ohne Konkurrenz des Privatverkehrs zu beschaffen. Während einer Uebergangszeit von fünf Jahren sollte man sich über einen gemeinschaftlichen Einfluß der erforderlichen, für jedes Land berechneten Quantitäten Silber oder über einen beim Einkauf inzunehmenden, dem ausländischen Marktwerth nachdemerkenden Einkaufspreis verständigen und erst nach Befriedigung des zur Lösung des bisherigen Silbermarktes erforderlichen Meils die Prägung an Private gegen Schlagfuß und unter Beobachtung gewisser Einschränkungen freisetzen. Das Deutschland bei einer solchen Umprägung mangelnde Silberquantum berechnet Direktor Königs auf 2,550,000 Kgr., die bei dem heutigen Preise von 90 M. einen Anschaffungspreis von etwa 225 Millionen repräsentieren würden.

Die Finanzlage Preußens.

Der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat in deren Auftrag der Abg. Dr. Sattler einen Bericht über die Finanzlage des preussischen Staates überreicht, der in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen wird. Der Bericht ist der wichtigste Werk für die Beurteilung der preussischen Finanzlage, das nach allen Richtungen hin durch genaue statistische Zusammenstellungen bekräftigt wird. Der umfangreiche Bericht, den wir heute nicht erschöpfend behandeln können, erörtert die Entwicklung des preussischen Staatshaushalts von 1880/81 bis 1894/95, die Staatsschulden, die sonstigen Dotationen, die staatlichen Betriebsverwaltungen mit Ausnahme der Eisenbahnen, die Eisenbahnen, die direkten Steuern, die indirekten Steuern, die Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung, die voranschreitende weitere Entwicklung der Staatsfinanzen. Die Ergebnisse der ganzen Untersuchung werden folgendermaßen zusammengefaßt:

1. Die Vermögenslage des preussischen Staates ist eine sehr günstige, auch ist die Entwicklung seiner eigenen Einnahmequellen, besonders der direkten Steuern und der Staatseisenbahnen, eine befriedigende zu nennen. 2. Wenn die Befriedigung der zur Bekämpfung der in harten Stellen begriffenen Staatsausgaben erforderlichen Einnahmen trotzdem in den letzten Jahren schwierig geworden ist und nur durch Aufnahme von Anleihen hat erfüllt werden können, so ist das dem Umstande der Ausgaben und besonders das veränderte Verhältnis der finanziellen Beziehungen des preussischen Staates zum Reiche die Schuld. 3. Die Einschränkung der Anforderungen des Reiches mindert sich auf den Betrag der Preußen zulehrenden Ueberweisungen und die Sicherung des letztern vor weiteren Anleihen ist im Interesse der finanziellen Ordnung im preussischen Staatshaushalt, sowie auch im Interesse des Reiches selbst, durchaus erforderlich. 4. Die erhebliche Aufzehrung von Theilen der Substanz des Staatsvermögens, wie sie durch Einstellung des Erbes aus Domainenveräußerungen und der Einnahmen des vormaligen Staatsfiskus in den Etat zur Bekämpfung laufender Ausgaben erfolgt, ist nur dann als berechtigt anzuerkennen, wenn gleichzeitig erhebliche Zugunsten der Staatsschuld oder bedeutende Vermehrungen des Staatssvermögens an anderen Stellen des Etats vorgenommen werden. 5. Der große Umfang der staatlichen Betriebsverwaltungen und besonders der Eisenbahnverwaltung bildet durch die schonen Ueberflüsse, welche zur Uebernahme dauernder Ausgaben verleiht, ohne daß die zu ihrer Bekämpfung erforderlichen Einnahmen genügend sichergestellt sind, eine Gefahr für die dauernde Angehörigkeit des Reiches. 6. Die Staatsschulden mit der Ausnahme des im Reiches an dem Reiche der Budgetkommission und des Reiches vom 30. Mai bezw. 28. Juni 1893 auf eine Vermehrung des Reiches vom 27. März

1882 gebürgt werden, wodurch der Staatsfiskus und die Staatsfinanzen besser als selber gegen die wachsenden Ausgaben der schonen Ueberflüsse der Betriebsverwaltungen des Reiches geschützt und der Eisenbahnverwaltung die Lösung ihrer wichtigsten Aufgaben ermöglicht oder erleichtert wird. 7. Damit ist zugleich die Sicherstellung einer regelmäßigen wirksamen Schuldentilgung in bedeutenderem Umfange als bisher zu verbinden.

Zum Schluß äußert sich Dr. Sattler über das „finanzielle Verhältnis Preußens zum Reich“, um für die „Wichtigste Reichssteuerreform ein wenig plädieren zu können.

Die Zukunft des Liberalismus.

Die Rede, welche der Abg. Dr. Barth am 31. März in Breslau in einer von der Wählervereine der Liberalen veranstalteten öffentlichen Versammlung über „Die Zukunft des Liberalismus“ gehalten hat, liegt in der „Nation“ nummehr vor. Wir geben die Schlüsselpunkte, welche den Kern des Vortrages enthalten, hier im Wortlaut wieder. Nachdem Herr Dr. Barth dargelegt, daß mit der bisherigen Methode eine Stärkung der liberalen Partei zur Zeit unmöglich sei, führt er fort: „Ausdrücklich dagegen erachtet eine Politik, die man als eine Politik der liberalen Konzentration bezeichnen könnte. Es ist das bereits Gesagte, der seit vielen Jahren in dem Bundes nach einer großen liberalen Partei“ zu Tage getreten ist. Die praktischen Vorteile, die dem Reich näher zu kommen, sind bisher geteilt und es ist nicht wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit die Vereinigung aller liberalen Fraktionen zu einer großen Partei möglich sein wird. Ein erreichbares Ziel dagegen wäre eine faktische Verbindung aller liberalen Elemente, die bei Wahlen und dann in den Parlamenten die liberale Weltanschauung geschlossen zum Ausdruck brächte. Daß die Verwirklichung dieses Zieles ein hohes Maß von Einigkeit und Selbstverleugung — einmal bei den führenden Männern — voraussetzt, liegt auf der Hand. In welchem Grade es unter den gegebenen Verhältnissen erreicht werden kann, steht dahin. Daß aber ohne eine derartige Zusammenfassung aller liberalen Kräfte — unter Verzicht auf „alle Partei-Kanellen“ — die liberalen Parteien in Deutschland niemals zu wirklicher politischer Macht in Deutschland gelangen werden, ist meines Erachtens eben so sicher, wie es wahrscheinlich ist, daß sich jede Regierung auf die Liberalen zu stützen genöthigt sein würde, falls eine derartige Vereinigung erfolgt. Die Konservativen suchen eine Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten, die mit der modernen Staatsentwicklung unverträglich ist. Die Sozialdemokraten stellen ein Staatsideal auf, das nur in Wohlthaten erfüllt erheben. Der Liberalismus hat damit für die balance of power eine wesentliche günstige Position bekommen. Diese Position zur Verwirklichung liberaler Prinzipien auszunutzen, wäre eine politische Aufgabe ersten Ranges, der gegenüber der landesherrliche Feindschaft der liberalen Fraktionen untereinander sich ausnimmt wie eine bittere Sentire auf die politische Begabung der Deutschen.“

Vom Gesetz betreffend die Kalk- und Magnesialage.

Der Bericht der XIII. Kommission des Abgeordnetenhauses über den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung und Gewährung der Kalk- und Magnesialage ist jetzt erschienen. Die Kommission hat mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Provinz Hannover diese Provinz vom dem Gesetz ausgeschlossen, so daß dort die bisherigen Verhältnisse bestehen bleiben. Außerdem gelangte der Grundzug zur Anerkennung, daß, wie vor dem 8. Februar dieses Jahres gefordert habe, auch vollständig werden müsse. Infolgedessen erhebt der Artikel VIII des Entwurfes folgende Fassung:

Artikel zur Aufhebung der nach Artikel III dem Staate vorbehaltenen Mineralen (Schieferarbeiten), welche bereits vor dem 8. Februar 1894 begonnen wurden, aber bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes noch nicht zur Abnahme gelangt sind, diesen fortgesetzt werden. Wird auf Grund derselben innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein Bund gemacht, so ist dieser bei Verfall aller Ansprüche innerhalb einer Woche nach Ablauf des Tages der Entdeckung bei dem Oberbergamt anzunehmen. Dem Zünder verleiht der Antrag auf Verleihung des Bergwerksbesitzes nach Maßgabe der Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes. Der Staat ist befugt, die Verleihung des Bundes binnen drei Monaten vom Ablauf des Tages der Anmeldung desselben gegen volle Entschädigung zu verlangen.

Damit fällt ein wesentliches Bedenken gegen den Entwurf fort. Eine andere Frage, wie sich künftig die Stellung der Staatsregierung zu dem Kalksubsidat und damit zu der Regelung des Preises der Kalksalze regeln werde, beantwortete der Minister dahin:

„So lange der jetzt laufende Vertrag besteht, also bis Ende 1898, hat die Staatsregierung nicht die Macht, den Preis der Kalksalze zu bestimmen, wohl aber hat sie einen schmerzhaften Grund, der sie in die Lage setzt, im Interesse der Landwirthschaft möglichst einzuwirken. Wenn das Gesetz Annahme findet und damit ein Monopol für den Staat und eine bestimmte Anzahl von Privatbetriebern errichtet wird, wird bei etwaiger Verweigerung eines Subsidats die Regierung eine andere Stellung beanspruchen müssen, sie wird beanspruchen müssen, daß sie eine ausübende Verwaltung der Kalksalze auf die Verleihung der Kalksalze für die Landwirthschaft einrichten wird. Und um dies durchzuführen oder um anderwärts für das Subsidatbestimmen des Subsidats vorzuziehen zu sein, wird der Verzicht alsbald mit den Vorbereitungen zur Errichtung einer neuen Gewinnungstätte verbunden werden müssen, deren Errichtung mit dem Ablauf des Subsidats etwa zusammenfallen würde. Schon das jetzt betriebene Werk in Siedau könnte neuer Produktion um das Reichthum verlegen; kommt dazu ein neuer Betrieb, der vielleicht an einer sonstiger entlegener Stelle zu eröffnen ist, so wird der preussische Verzicht in der

...die Grenze der Weltfreiheit der Kaiserin für die Landwirtschaft nach oben zu bestimmen.
Weiter führte ein Regierungskommissar über die angelegte Unerschöpflichkeit der Kaiserin aus:

Es ist früher bereits von Herrn Minister mitgeteilt, daß der vorläufige Entwurf eine große Anzahl freier dominiertiger Kallianlagen enthält mit ihrem Gesamtinhalt von 82 Millionen. Dieser Entwurf enthält auch Bestimmungen über die angelegte Unerschöpflichkeit der Kaiserin für die Landwirtschaft nach oben zu bestimmen. Weiter führte ein Regierungskommissar über die angelegte Unerschöpflichkeit der Kaiserin aus: Es ist früher bereits von Herrn Minister mitgeteilt, daß der vorläufige Entwurf eine große Anzahl freier dominiertiger Kallianlagen enthält mit ihrem Gesamtinhalt von 82 Millionen. Dieser Entwurf enthält auch Bestimmungen über die angelegte Unerschöpflichkeit der Kaiserin für die Landwirtschaft nach oben zu bestimmen. Weiter führte ein Regierungskommissar über die angelegte Unerschöpflichkeit der Kaiserin aus:

Die Erörterung über den Entwurf hat durch die Kommission eine wesentliche Klärung erfahren.

Verschiedene Mitteilungen.

Der Senatorenkongress des Reichstages wird diesen Montag über die Geschäftsfrage beraten. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Schluß der Session recht wohl in zehn Tagen stattfinden könnte.

Die Steuerkommission des Reichstages wird Montag mittag behufs Renewal eines Vorsitzenden x. eine Sitzung abhalten.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses für den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Einkommensteuer hat eine schriftliche Erklärung abgegeben, in welcher die Kommission sich bekanntlich dem Gesetzentwurf einstimmig abgelehnt.

Der Mißerfolg der Münzinterpellation des Abg. v. Kardorff u. Gen. hat den Abg. Dr. Wendt veranlaßt, seine im Abgeordnetenhause eingebrachte Interpellation zurückzugeben.

Das nächste französische Armeekorps, welches hienach den vorerwähnten Posten gegen Deutschland gegen die dortigen Armeekorps, wird demnächst einen neuen Stärkeausweis erhalten. Laut amtlicher Meldung ist nämlich die Verdooperung der Artillerie des sechsten Corps beschleunigt worden und wird voraussichtlich im Herbst fertig werden.

Dem Oberbürgermeister von Köln ist ein sehr beachtenswertes Schreiben zugewandt, in welchem die Angelegenheiten unserer Mitbürgerin spreche ich für die mit hoher Macht geforderte Mühen und für die warmempfindlichen Zeiten, mit welchen die Arbeit verbunden ist, meine herzlichsten Grüße zu senden. Die Worte ehrenvollsten Dankes, welche Sie mit Widmen, erfüllen mich mit Freude und Stolz, und ich werde mich bemühen, Sie verbunden zu sein, dessen Bürger von jeher, und gerade im neuen Jahre, ein Beispiel vorbildlicher Sinesart und Tatkraft gegeben haben. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich mit mir im letzten Sommer vergnügt hätten, oder der freundlichen Einladung, nach Köln zu kommen, folgen zu können; Reue hat mich nicht verhindern können, sich zu bewerben; wenn meine Absicht, die Ihnen überlassen, so hoffe ich doch nicht einmal in meinen Leben den Ihnen wieder entlang zu fahren. Mit der Bitte, den Ausdruck meines Dankes meinen Mitbürgern zur Kenntnis zu bringen. v. Bismarck.

In parlamentarischen Kreisen scheint, der „Bott“ zufolge, nach den letzten Erklärungen in der Abgeordnetenversammlung, die Angelegenheit, welche entschieden nicht zu Gunsten des Wlades abgelehnt werden, die Ansicht fast allgemein geteilt zu werden, daß eine Verdringung im Reichstage nicht angebracht sein würde.

Die Vorleser der Kettner Kaufmannschaft haben an den Minister Miquel eine Eingabe mit der Bitte gerichtet, er möge ihre Interzesse der Verbesserung der Wasserfrage zu ziehen. In Berlin u. d. R. ist man sehr über die bedeutendste Verbesserung des Schiffverkehrs zwischen Stettin und Swinemünde allein sei der pommerischen Hauptstadt angesichts der Konkurrenz des Elbe-Trade-Kanals noch nicht Genüge geschieden.

Auf einen Bericht einer künftigen Regierung hat der Kultusminister der letzteren erwidert, daß jüdische Kinder, welche christliche Volksschulen besuchen, auf Antrag der Eltern oder deren gesetzlichen Vertreter an den Sonnabenden und den Festen jüdischen Glauben von dem Schulbesuch dispensiert werden können. Daß die Kinder Gelegenheit haben, jedesmal dem Evangelium Gottesdienste beizumischen, ist nicht Vorbedingung der Dispensation. Die künftige Regierung ist ferner aufgefordert, die Schulverhältnisse ihres Bezirkes hienach mit Rücksicht zu versehen.

Ueber die Lehrerbesoldungen an den preussischen gewerblichen Fachschulen im dem Abgeordnetenhause von der Regierung interessante statistische Aufschlüsse gegeben worden. Demnach beträgt für das Jahr 1894/95 die Zahl der staatlichen gewerblichen Fachschulen 3, darunter 4 Handwerkerhörschulen. Davon sind 2 Direktoren, 9 Lehrer und 8 Schuldner beschäftigt. Für diese würde im Pensionierungsfalle die Gesamtsumme von 35,250 M. in Anrechnung kommen. Vom Staate und von anderen gemeinnützigen u. unternehmenden Anstalten sind 25, darunter 11 Lehrer, 8 Handwerkerhörschulen u. 3 Lehrkräfte. Davon sind 3 Direktoren, 16 Lehrer und 69 Schuldner und sonstige Unterpersonalen beschäftigt. Für diese würde im Pensionierungsfalle die Summe von 99,999 M. in Anrechnung kommen. Schließlich sind es noch 3 von Gemeinden oder Vereinen zu unterrichten u. zu unterhaltenden Anstalten, die einen Aufwands betragen, die Handwerkerhörschule zu Berlin und die beiden Handwerkerhörschulen zu Frankfurt a. M. und Düsseldorf. An ihnen werden 3 Direktoren, 16 Lehrer und 5 Schuldner beschäftigt, deren anrechnungsfähiges Gehalt im Pensionierungsfalle 25,450 M. betragen würde. Ueberhaupt werden demnach im preussischen gewerblichen Fachschulwesen 41 Direktoren, 224 Lehrer und 82 Schuldner u. sonstige Unterpersonalen beschäftigt, für welche insgesamt im Pensionierungsfalle die Summe von 1,122,545 M. in Anrechnung kommen würde. Pensionansprüche haben bis jetzt allgemein die Direktoren, Lehrer und Beamten nur bei den Staatsanstalten. Bei den übrigen haben nur einzelne Direktoren und Lehrer Pensionansprüche und zwar meistens gegen den Staat allein, theils gegen Staat und Stadt gemeinschaftlich, theils gegen die Stadt allein.

Der Verleih der Philologen an den höheren Stadtschulen Preussens hat bezüglich der Anrechnung der von den höheren Stadtschulen ausgehenden Pensionen eine bestimmte Klasse einer bedeutenden höheren Gehalts nach vorangegangener Revision durch einen Schulmann

(Gymnasialdirektor) eine Eingabe an den Kultusminister gerichtet, worauf dieser nachstehende bezeichnende Antwort ertheilt hat. Nach der Aufhebung vom 30. Juni 1876 ist die Anrechnung der gegenwärtigen Pensionen der Abgangsganghöheren Schulen derselben Art die wesentliche Lebensversicherung des Lehrpersonals, wie dieser für die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen oder deren Voranstalten festgesetzt ist. Dieser unerlässlichen Vorbedingung vermögen die meisten höheren Stadtschulen ihre Pensionen nicht zu versichern. Der Vorzug der Abgangsganghöheren Schulen, losgelöst von der Gebundenheit allgemeiner Unterrichtsverhältnisse, ist die wesentliche Lebensversicherung der Lehrperson, welche die höheren Stadtschulen gerecht zu werden. Es liegt die Bedingung dieser Schulen geradezu gefordert, wollte man sie zu offiziellen Vorbereitungsanstalten einer bestimmten Art höherer Schulen machen und für die entsprechenden Klassen die allgemeinen verbindlichen Lehrpläne vorschreiben. Dazu aber kommt, daß die höheren Stadtschulen sowohl in ihrem Unterrichtsbetrieb als auch in ihren Zielsetzungen denjenigen regelmäßigen Kontrolle entgegen, die für berechnete höhere Schulen vorgeschrieben ist, und daß die Zusammenlegung ihrer Lehrpläne meist diejenige Stetigkeit vernichtet, die im ganzen bei höheren Schulen sich zeigt. Ein ich demnach aus diesen Gründen nicht in der Lage, dem Antrage Folge zu geben, so made ich doch darauf aufmerksam, daß die Abgangsganghöheren Stadtschulen von den Direktoren der höheren Schulen nach dem inneren Werth beurteilt werden, der ihnen entsprechende zuzunehmen, und daß danach auch die von den Direktoren verantworteten Aufnahmeprüfungen sich bemessen. Je mehr also die einzelnen höheren Stadtschulen nach dieser Richtung hin ihre Leistungen vervollständigen und dadurch das Vertrauen der aufnehmenden Anstalten gewinnen, um so mehr werden sie, auch ohne offizielle Anerkennung, dem Ziele sich nähern, das der Vorstand erreicht.

Auch die bayerischen Veteranen von 1870/71 betreiben jetzt eine Petition an den Reichstag um Gewährung eines Ehrenlohn.

Der frühere konservative Abgeordnete v. Below-Saleske, der als Vorsitzender der Pommerischen akademischen Gesellschaft Führer der pommerischen Marxier war, hat, wie die „Kreuz-Ztg.“ mitteilt, diesen Vorzug niedergelegt und erklärt, daß er sich völlig im Privatleben zurückziehen müsse, da er an einem nach ärztlichem Auspruch unheilbaren Herzleide leide.

Wie die „Kreuz-Ztg.“ meldet, hat der Reichspräsident Freiherr v. Caprivi von Ober-Convent in Breslau seine Diensteinstellung am 1. Juli d. J. nachgehnt.

Aus Hamburg schreibt man am 8. d. B. Der Afrika-reisende Herr v. d. Borch, welcher den vergangenen Winter seinen Aufenthalt in Köln genommen, hat sich in Friedrichshagen als Golt des Fürsten Bismarck. Der Fürst hat die bewegten Festtage gut überstanden und erweist sich des besten Wohlbefindens.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus bezieht man am Sonntag bei der Fortsetzung der Generaldebatte über das Budget der Finanzminister D. v. Plener die Finanzlage als günstig. Der Minister sieht für die nächsten Jahre Ueberschüsse voraus trotz der steigenden Bedürfnisse für die gemeinsamen Angelegenheiten, namentlich für die Eisenbahnen, Salinarregulierung usw., welche eine Erhöhung der Steuern nötig machen, die hauptsächlich auf dem Gebiete der Branntweinsteuer zu suchen seien. Sodann ging der Minister zur Besprechung der Reformen über und erklärte, es sei natürlich, daß das Kräfteverhältnis der großen Parteien nicht durch eine radikale Maßnahme verschoben werden solle. Die gemäßigten Parteien dürften das Recht nicht einem solchen Experimente aussetzen, weshalb man sich geneigt habe zur Abwehr dieses unzulässigen Versuches und zur Aufstellung neuer Grundzüge für die Aenderung des Wahlrechts. Das Vereinzeln der Krone in die Debatte sei unangehörig, da einzig und allein die Regierung die Verantwortung trage; die Regierung werde sich von ihrem wohlüberlegten Standpunkt nicht abdrängen lassen. Das Wahlrecht der Arbeiter bilde kein Novum, sondern sei die Ausgestaltung des hauptsächlich bestehenden Systems; der neuen hinsichtlich der Steuerleistung ähneln schwache Gruppe könnten nicht allzu viele Mandate gewinnen werden, um das Kräfteverhältnis der bisherigen Gruppen nicht zu ändern. Der Minister erklärte jedoch, daß die Bestimmungen der Reformen hinsichtlich der Wahlkreise erfüllt werden. Zum Schluß seiner Rede verwehrt sich der Finanzminister gegen die Behauptung, die Regierung hätte durch Uebertragung der Geldbestände an die Bank dieser ein Geschenk gemacht. Die Bestimmungen, daß alle Privat- und Staatsschulden mit Gold zu zahlen seien, seien unbedenklich, da noch eine Reihe von Jahren das Silbercourant bezubehalten sei, auch die obligatorische Einführung der Kronenrechnung, welche nur aus technischen Gründen noch nicht erfolgt sei, werde die Zahlungsverhältnisse nicht ändern. Die Durchführung der ganzen Salinarregulierung sei nur in einzelnen, natürlich aufeinander folgenden Stadien möglich. (Beifall.) Betreffs der Sprachenfrage führte der Minister aus, daß die Deutschen in Böhmen Zeichen großer Mäßigkeit gegeben hätten, indem sie im Landtage den Gedanken auszusprechen, daß die beiden Landesparlamente gelernt werden müßten. Die gegen den Statthalter Grafen Tün vorgedachten Reclamationen begehrt der Minister als Uebertragungen; in einem so feindschaftlich angelegten Lande wie Böhmen sei es schwer, die Autorität der Behörden aufrecht zu erhalten. Der Minister gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß das böhmische Volk den von den jugendlichen Rednern geäußerten Haß gegen die Armee und andere Institutionen nicht theile; hauptsächlich lasse sich auch die Aenderung der Armee mit der Oppositionsstellung wohl verbinden. Durch die Koalition sei eine bedeutende Arbeit bereits geleistet, die Koalition schließe auch die anderen Gruppen nicht aus, denn die gemeinsame Arbeit sei die Basis der neuen Konstitution. (Beifall.) (Beifall.) Nach einiger Diskussion und nach dem Schlussworte des Bericht-erstatteten Szecsanowski, welcher ausführte, daß die Koalition dem Bedürfnisse des Reiches und der einzelnen Länder entspreche, wurde das Eintreten in die Spezialdebatte mit sehr großer Majorität beschlossen.

Die Eidgenossen für Schneyhal verließ in Prag am Sonntag in großartiger Weise. Finanzminister v. Plener widmete dem Verbleibenden einen tief empfundenen Nachruf, in dem er dessen politisches und patriotisches Wirken betonte und das deutsche Volk aufzurichte, das Andenken Schneyhals durch Besetzung seiner stets wiederholten Mahnung zur Einigkeit und Einmütigkeit zu bewahren. Im Namen der deutschen Landtagsabgeordneten sprach Schleyfänger, in dem der deutschen Vereine für Schneyhal, der Bürgermeister, zahlreich Abgeordnete beider Nationalitäten, der Vorstand der deutschen Linken und Deputationsmitglieder der deutschen Gemeinden und Vereine Wohnens bei. Hieran wurde die Rede nach Wohlwille-Beize überführt.

Italien. Am Sonntagabend erschien der Ministerpräsident Crispi in der Finanzkommission und erklärte, er sei keineswegs geneigt, die von dem Finanzminister Sominio vorgeschlagene Rentenreform aufzugeben. Hinsichtlich der Ausgaben für das Militär fügte Crispi hinzu, er könne keine Entschleunigung weiterer Ersparnisse weder im Decretsbudget noch im Marinebudget zugehen. Die bereits zugekauften Ersparnisse bildeten das Maximum der Opfer, welches den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht eingekauft werden könne. Diese Erklärung Crispi's bildete demnach keinen Grund für die Deputationskammer den Gegenstand einer Besprechung. Bei der Debatte des Budgetentwurfs betreffend die Aushebung der Kriegskasse 1874 zum Militärdienst wies der frühere Kriegsminister Pelloni die Behauptung zurück, welche der Ministerpräsident Crispi in der Finanzkommission gethan haben sollte, daß nämlich die Armee in der letzten Zeit geschwächt worden sei. Crispi erklärte unter großer Aufmerksamkeit des Hauses, die Regierung habe sich in der gedachten Kommission gegen die Forderung weiterer Ersparnisse erklärt, denn man habe hinsichtlich der Armee genügende Sparmaßregeln getroffen. Er habe niemand angreifen wollen, aber man dürfe hinsichtlich der Armee nicht in dieser Weise angreifen und eine so gewichtige Frage leichtig behandeln. Italien habe zu große Opfer für seine Armee gebracht, als daß es deren Fortbestand in Frage stellen könnte. Uebrigens werde der Kommer nicht die Gelegenheit fehlen, diese Frage ausführlich zu behandeln. Pelloni erklärte sich durch diese Erklärung zufriedengestellt. Vor dem Kriegsgesetz zu Palermo begann am Sonntagabend der Prozeß gegen den Deputierten Felice Guiffreda und zehn andere Beschuldigte, welche das sozialistische Centralcomite der „Boici laboratori“ gebildet hatten.

England. Die londoner Polizeibehörden haben die Wohnung des verhafteten französischen Anarchisten Wenzler, eines der Selben der Dynamitexplosion im Café Berry in Paris, entdeckt und daselbst eine gründliche Suchung vorgenommen. Alle daselbst vorgefundenen Schriften sind mit Beschlagnahme belegt und nach Scotland Yard geschafft worden. An der Wohnung des Wenzler wurde eine Anzahl von Briefen Wenzler's. Ein französischer Geheimpolizist ist von Paris eingetroffen, um die englischen Behörden in der Untersuchung zu unterstützen. Die londoner Anarchisten sollen zwar schonen über die Verhaftung ihres Genossen. Was sie vorzüglich trauert, ist, daß sie nicht wissen, wer den Verhaftet gepöpst hat. Fürchtet sich doch einer vor dem anderen. Jeder dieser Gruppen wird vom anderen abgethan.

Norwegen. Die Delegirtenversammlung der Partei der Linken sprach sich für zeitgemäße Reformen zur Befähigung der Tranchität aus, stellte dem Storting anheim, den Arbeitern freie Abstimung sowie Versammlungs-freiheit zu sichern und beauftragte den Vorstand, ein Wahlmanifest zu erlassen.

Frankreich. Wie das „Journal des Debats“ meldet, wurde am Sonntag der Geschäftsjahresbericht Henri D. infolge der Demolition seiner Hauswirth, der er die Urheberhaft der Explosion im Restaurant Boyot bestritten haben soll, verhaftet. Vor dem Polizei-Kommissar legte er der Verhaftete zwar mit Gutherzigkeit, es sollen jedoch schwerwiegende Verdachtsgründe für seine Täterschaft vorliegen.

Belgien. Aus Brüssel wird vom 8. d. gemeldet: Ein Haufe Anarchisten zog gestern mit einer schwarzen Fahne durch die Stadt unter dem Rufe: „Tod dem Bourgeois!“ Auf der Grande Place kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, welche die schwarze Fahne gewaltsam entriemte und 6 Verhaftungen vornahm.

Spanien. Nach auswärts verbreitete brennende Gerüchte über den Gesundheitszustand des Königs werden von gut unterrichteter Seite als völlig unbegründet erklärt.

Der Justizminister hatte mit Canovas eine Unterredung über den Gesetzentwurf, betr. die Unterdrückung der Anarchisten. Canovas versprach die Vorlage zu unterstützen. In Corbova plünderte am Sonntag ein Haufe Arbeiter eine Anzahl Backerläden. Der Gouverneur stellte mit Hilfe von Gensdarmen die Ordnung wieder her.

Brazilien. Nach Meldungen aus Buenos Ayres durchbrach das Geschwader der brasilianischen Ausflüchtigen mit Ausnahme des „Quibanda“ die Barre von Rio Grande. Die Truppen der Aufständischen marschirten auf die Stadt Rio Grande. Nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro haben die Truppen Peixoto's Curitiba wieder genommen.

Provinzial-Nachrichten.

-h. Zeitz, 7. April. Städtisches Elektrizitätswerk. - Ermittler (Dieb). Hier plant man bei genügender Beihülfe privater Konventionen seitens der Stadt die Anlage eines Elektrizitätswerkes. Aus eigenem Grunde bedingte jedoch die innere Einrichtung einer Glühlampe durchschuldig 10-15 M. die einer Wagenlampe 100-120 M., der Leuchtkörper ist dabei nicht zu eingerechnet. Die gewöhnlichen Schmelz- oder Argandbrenner haben bis jetzt bei uns in der Stunde 3-3/4 Pfg. gekostet. Die Leuchtkraft der Glöhme ist gleich 15 Kerzen. Für eine Glühlampe von 16 Kerzenarten ist bei der elektrischen Beleuchtung ein Preis von 3-4 Pfg. angenommen worden. Voraussetzlich wird aber den Konventionen größerer Abzählungen entsprechend dem Abhakt bei der Gasbeleuchtung auch ein solcher gewährt werden können. - Es scheint, als ob die durch die beiden ränderlichen Uebelstände in der Nähe von Zeitz bereits schon anlässlich ausgelegten Gemüther anderer Bürger auch nicht wieder zur Ruhe kommen sollen. Zu den Nachrichten von mehreren blutigen Glühgeräten kommt die Kunde von einem Diebstahl, der aber glücklicherweise dem Diebe nicht, wohl aber dem Dieb selbst eingebracht hat. Derselbe war bei dem benachbarten Einbruch bemerkt und so seine Wohnung bekannt geworden. Er ist ein Mensch, der eben aus dem namnburger Gefängnisse entlassen worden war und jedenfalls den Bezug vom Wohlthun zu seiner Wohnung nicht unmöglich machen wollte, um nicht mit leeren Händen dabin einzutreffen.

Beit, 8. April. [Zum Ausbruch in Bayern.] Bei der Fährliche, die den vertrieben Word bereits eingehanden hat, sind nicht nur alle bei dem Raubmorde erbeuteten Dinge, sondern auch die Gegenstände aus fannner Diebstählen vorgefunden worden, logar mit Blut getränkte Kleider. Die Fährliche hat ihr diebstohliches Handwerk jedoch in einer raffinierten Art und Weise betrieben, welche sie sich über all vernehmlicher einzuführen verstand, durch dieses Uebeln sein den Verdacht von sich abzuwenden wußte und dabei Schuldsche des Verdachts beschluge. Ihr Sohn, der als der Uebelnahme an dem Morde verdächtige Oefonomiebauwetter Fährliche aus Waidenburg, ist aus der Untersuchungsabtheilung wieder entlassen worden.

Blousen, Morgenröcke, Unterröcke, Fertige Costume

von 20 Mark an

empfiehlt in grosser Auswahl in jeder Preislage

Bruno Freytag

Halle.

Anfertigung von Costumen nach Maass.

Poliklinik für
Frauenkrankheiten 12-1
Leipzigerstr. 8, 1.
Dr. med. J. Geist.

Predigtamtskandidat
mit sehr guten Unterrichtserfahrungen
erhält Nachhilfsstunden.
Otto, Charlottenstraße 19.

Für Gymnasien u. Realschulen.
Beaufsichtigung der Schularbeiten von
täglich 8 Uhr an. Stricte Kontrolle.
Tägliche Repetitionen. Stets günstige
Resultate. Empfehlungen hiesiger Schul-
directoren und Oberlehrer.
Kobers Str. Steinstraße 33, 1.
Pensionat für Knaben.

Vertrauliche Auskünfte
über Credit-, Privat-, Geschäfts-, Fa-
milien- und Vermögens-Verhältnisse
auf alle Plätze der Welt ertheilen ge-
wissenhaft und diskret
Reyrich & Greve,
Anskunfabrik, Halle a/S., Leipz.-Str. 101.

Möbel- Magasin
von
M. Resch,
Leipzigstr. 2,
empfiehlt sein reichhaltiges
Lager von
**Möbel- u. Polster-
waren jeder Art.**
Solide Preise. Couf. Zahlungsbeding.
Ganze Einrichtung
Stube, Kammer und Küche
für 250 Mk.

Laden- u. Comtoir-Einrichtungen
jeder Art
kauft stets und stellt die höchsten Preise
Friedrich Peleke,
Geißestraße 25.

Wie neu wird Feder
mit Weichel's Salmiak-Gall-Seife
gewaschen. Stoff jeden Gewebes und
Farbe, vorräthig in 1/2, 3/4, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50.
Georg Zeising.

Erste Handelslehranstalt zu Halle,

R. Gollasch, Sandwichestraße 7.
Die Anstalt ist die älteste ihrer Art am Blau. Die vielfährige Er-
fahrung des Unterzeichneten verbürgt gründliche, durchgreifende Erfolge.
Lehrfächer: Buchführung, kaufm. Rechnen, Schönschreiben, Französisch,
Englisch u. Dreibettel franco.
R. Gollasch.

Mein akademischer Unterrichtscursus
für Damen und Herren in Oel- und Aquarelmalerei (Studium aller
Funktionsarten) beginnt am 15. April. Anmeldungen erbitte von 9-4 Uhr.
J. Günther, Historien- und Landschaftsmaler,
Paradeplatz 1, 1 Tr.

Für Hausbesitzer!
Beim Quereinbruch empfehle mich zu allen vorkommenden Maler-,
Anstreicher- und Tapezierer-Arbeiten.
Günstig-Ausführung liefert mit Kühlung zu soliden Preisen bei prompt-
tester Bedienung.
Herm. Beyer, Maler, Miedelstraße 8.

**Bohnen-, Bäckers-, Baggers- und Fahrens-
Stangen**
Carl Schumann, Gr. Steinstr. 30.

Das Lager des auch hier bereits bestens eingeführten
la. Freyburger Cement-Kalkes
von **Julius Baur** in Freyburg a/M. befindet sich jetzt bei Herrn **Carl
Eckler, H. Wäckerstraße 3.** Auch ist dabeist ff. gemahltes Siegelmehl
hier vorräthig.

Für den Angelegenheit verantwortlich: W. König in Halle.

Grosse Bonner Lotterie
Ziehung unwiderruflich 8. Mai 1894.
Hauptgewinne 20000, 10000, 5000 etc. baar ohne Abzug.
Originallosse 1/2 Mk., 11 Lose 10 Mk., Porto und Liste 30 Pfg.
empfiehlt und versendet das mit dem Allein-Verkauf der Lose betraute Bankgeschäft
Julius Goldberg & Cie., Cöln a. Rhein.

Die Leipziger Messe

veranstaltet
nach wie vor

Tausend und aber Tausende

ihren Bedarf in Leipzig zu decken.

Wer etwas benötigt zur Bekleidung und Wäsche für Damen, Herren
und Kinder, sowohl in fertigen Gegenständen als auch in den dazu gehörigen
Stoffen, wer Bedarf hat in Hauswäsche, Möbelstoffen, Teppichen und Gardinen,
der besuche als beste Bezugsquelle

zuerst

das Geschäftshaus Aug. Polich, Leipzig.

Die hochinteressanten Geschäftsräume mit ihrem von drei Seiten ein-
fluthenden Tageslicht, ihrer electrischen Beleuchtung, ihren mit Sicherheits-
vorrichtung versehenen Personen- und Warenabtheilungen, sowie der eigenen
Geschäftsdruckerei laden jeden Fremden zu einer Besichtigung ein.

Stoffproben, Preislisten und Probenummern der im eigenen Verlage erscheinenden
Deutschen Moden-Zeitung bereitwillig kostenfrei!

Ich impfe im Monat April
täglich von 2-3.
Dr. Rocco, Mauerstr. 1.

Mit heutigem Tage verlegte ich mein
Comtoir nach
Brandestraße 15 I.
F. Otto Hoffmann.

Wohne jetzt
Alte Promenade 11, 1 Tr.
Dr. med. Danckert,
prakt. homöop. Arzt.

Sonderbeilags-Unterricht
in Nähmaschinen, Maschinen-
nähen, sowie allen modernen
Sonderarbeiten (Stülpeln, Stülpen etc.)
für junge Mädchen und Kinder ertheilt
Doris Jasper, Sonderbeilagslehrerin,
Steinstraße 34, III.

Auch viele Monogramme und
einfache Namen in schöner und
dauerhafter Ausführung.

**Patent- Muster- und
An- und Verkauf**
erledigen prompt und reell
Brandt & Fude, Berlin NW,
Konsul Schultz, 29 Marientstr.

Sulze & Schröder
HANNOVER.

SPECIALGESCHÄFT
FÜR
SCHORNSTEINBAU:

NEUBAUTEN
unter Garantie für alle Betriebe.

ERHÖHUNGEN
in und ausser Betrieb.

REPARATUREN
Verankerungen, Geraderichten, etc.

BLITZABLEITER-ANLAGEN.

Beste Empfehlungen erster Firmen.

**Billige, eiserne
Schiebe-Karren**



für Erdtransport u. Gano-Betten.
Sachsse & Co.,
Machburastraße 67,
Bismarckstr. 408.

Werkzeugmaschinen.
1 sehr gut erhaltene Schruppmaschine,
1600 Umd., 300 Ausladung.
1 fast neue Hobelmaschine 3150x700x600
1 neue do. 1650x600x550
1 gebrauchte do. 1250x600x550
1 fast neue Leihwinddrehbant
7000x300x380
eine Partie gebrauchte Leihwinddrehbant-
bänke von 600-2000 Drehlungen,
neue und gebrauchte Schnellbohrmaschi-
nen, hat preiswerth abzugeben
H. Törpsch, Leipsig-Platz 11.

Die Expeditionen der Zeitschrift
finden sich
**Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und
Markt 24 (Wannegärten).**

Ed. Lincke & Ströfer,
Halle a. S.

empfehlen:

Dach-Falz-Ziegel, verschiedene Arten, roth, gelb, silbergrau, schwarz,	Dach-Asphalt,
Dach-Ziegel,	Dach-Lack,
Dach-Schiefer, deutschen und englischen,	Holz-Cement,
Dachpappen,	Klebestoff,
	Steinkohlen- und Holz-Theer, schwedischen u. deutschen.
	Isolirplatten (Steinpappe).

Strohhut-Wäsche.
Stroh Hüte zum Waschen, Färben und Modernisieren werden
angenommen. Beste Formen liegen zur Ansicht.
Bertha Herker, Steg 1.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 3 Beilagen und Unterhaltungsblatt.